

Beschluss:

1. Die Fachstelle für Demokratie wird beauftragt, eine Kampagne entwickeln zu lassen, die
 - a) ein klares Zeichen gegen Vorurteils kriminalität in München setzt, b) erläutert, welche Sachverhalte anzeigefähig sind und damit mehr Menschen über ihre Rechte aufklärt,
 - c) und nicht selbst betroffene Personen dazu motiviert, bei Vorurteilsdelikten zu handeln, um die Betroffenen zu unterstützen.
2. Im Entwicklungsprozess ist auf eine gute Einbindung von Betroffenenorganisationen und des Polizeipräsidiums München zu achten.
3. Die für die Umsetzung der Kampagne erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro sind in den Haushalt 2022 (Teilhaushalt des Direktoriums) aufzunehmen und bereitzustellen. Das Produktkostenbudget des Produktes P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit im Jahr 2022 zahlungswirksam um diesen Betrag.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.
5. Der Antrag 20-26 / A 02181 ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.